

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Dorothea-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Curtius verhandelt.

Skeptisch bei den Deutschnationalen. — Die Entscheidung beim Zentrum.

Reichswirtschaftsminister Curtius verhandelte heute morgen mit dem Zentrumsführer Herrn von Guérard. Für 5 Uhr hat er den Genossen Hermann Müller zu einer Besprechung gebeten.

Der Fraktionsvorstand des Zentrums tritt heute nachmittags 6 Uhr zusammen. Die Zentrumsfraktion ist für morgen telegraphisch zu einer Sitzung zusammenberufen worden.

Mit gedämpfter Trommel Klang.

Curtius auf dem Wege — zur Regierung oder zum Fiasko?

Herr Curtius hat heute morgen die Verhandlungen über die Bildung der Rechtsregierung begonnen. Des Willens der Deutschnationalen zur Regierung ist er sicher — aber das ist alles. Die Deutschnationalen erklären:

„Der vom Reichspräsidenten erteilte und vom Herrn Minister Curtius angenommene Auftrag, durch Verhandlung mit der Deutschnationalen Volkspartei eine feste Regierungsgemeinschaft zu bilden, weist den einzigen Weg, auf dem die Lösung der Regierungskrise möglich ist. Beim Zentrum liegt also nunmehr die Entscheidung, ob es diesen Weg beschreiten oder eine Regierungskrise von unabsehbarer Dauer und eine Verwirrung aller Verhältnisse herbeiführen will.“

Die Entscheidung liegt beim Zentrum — das ist der Inhalt aller deutschnationalen Kommentare. Müde Skeptis gegenüber dem Versuch des Herrn Curtius. Man liest im „Lokal-Anzeiger“:

„Der Reichswirtschaftsminister hat durch die Annahme des Auftrages, die von Zentrumsseite so stark bezweifelt wurde, jedenfalls den ersten Willen befolgt, eine tragfähige Regierung auf der Basis der bürgerlichen Mehrheit zustande zu bringen, und die Tatsache der Annahme dieses Auftrages beweist, daß noch nicht alle Hoffnungen darauf geschwunden sind. Der Erfolg der Bemühungen des Wirtschaftsministers, denen man in parlamentarischen Kreisen trotzdem nach wie vor mit großer Skeptis gegenübersteht, wird im wesentlichen vom Zentrum abhängig sein.“

Es geht mit gedämpfter Trommel Klang! Des Regierungswillens der Deutschnationalen ist Herr Curtius sicher. Aber werden sie — namentlich in der Außen-

politik — den Kurs der Mitte steuern wollen? Die „Tägliche Rundschau“ erwartet es von ihnen:

„Es ist und bleibt so, wie wir wiederholt ausgeführt haben: mit den Sozialdemokraten zusammen sind die bevorstehenden Regierungsaufgaben nicht zu lösen. Es muß also mit den Deutschnationalen verhandelt werden. Damit wird der Regierungskurs selbst nicht nach rechts umgebogen, sondern es wird weiter in der Richtung gesteuert werden wie bisher.“

Das ist eine lähne Versicherung. Der Wunsch ist der Vater des Gedankens. Man braucht das Zentrum, daher dieser Wunsch. Im Zentrum aber ist man frohlich gegen Herrn Curtius. Die „Germania“ schreibt:

„Wir haben am Sonntag morgen an unsere Ermögungen die Erwartung geknüpft, daß Dr. Curtius selber die Ausschichtslosigkeit seines Experimentes einsehen und deshalb auf die Annahme des Auftrages verzichten würde. Das ist nun freilich nicht geschehen. Trotzdem haben wir gar keine Veranlassung, unsere Ansicht von der unvermeidlichen Bindung eines Kabinetts Curtius nach rechts und damit von der Ausschichtslosigkeit seiner Bemühungen irgendwie zu revidieren. Im Laufe des heutigen Tages wird, wie schon mitgeteilt wird, der Fraktionsvorstand des Zentrums zusammen treten, um zu den Versuchen des Reichswirtschaftsministers Curtius Stellung zu nehmen.“

Was die Erklärung, die Curtius gestern abgab, anbetrifft, so fällt außer dem bereits angedeuteten Umstand, daß sie wahrscheinlich nur eine Episode in dem Kampfe um die Regierung darstellen wird, besonders auf, daß Curtius den Deutschnationalen konzidiert, sie hätten das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Marx unterstützt, um Klarheit zu schaffen, und nicht, um ihr Mißfallen am politischen Kurse der Regierung auszudrücken. Uns will scheinen, daß man das mit mindestens dem gleichen Rechte auch in bezug auf die Sozialdemokratie sagen könnte. Und daß es deshalb wohl kaum angeht, dem einen Teil dasjenige nachzusehen, was man dem anderen vorwirft.“

Man versteht die Skeptis der Rechtspresse. Die kühnste Hoffnung spielt die „Deutsche Tageszeitung“ aus: Herr Curtius werde mehrere Tage verhandeln. Wie es auch ausgehen mag:

Wie weit noch die Straße, der Weg wie lang.

Sachliche Initiative.

Republik, Verständigungspolitik, Reichswehrreform, Achtstundentag!

Der Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses, den wir in unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlichten, ist besonders zu begrüßen, weil er geeignet ist, zur Klärung der verworrenen Lage Wesentliches beizutragen. Er spricht noch einmal mit ganz eindeutiger Bestimmtheit die Bereitschaft der Partei aus, mit den auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehenden Parteien in die Reichsregierung einzutreten. Er beschränkt die Bedingungen für diesen Eintritt auf zwei allernächste Voraussetzungen: eine ernste Reform der Reichswehr im Sinne der Grundsätze, die von der Regierung Marx selbst am 17. Dezember verkündet worden sind und ein Arbeitszeitgesetz zur Sicherung des Achtstundentages.

Da sich die Reichstagsfraktion der Haltung des Parteiausschusses zweifellos anschließen wird, ist jetzt schon die Frage der Verantwortung für den Ausgang der Regierungskrise klar gestellt. Es wird nicht an der Sozialdemokratie liegen, wenn die Bildung einer Regierung unterbleibt, die fest auf dem Boden der republikanischen Verfassung steht, die die Politik von Genf und Thoiry mit dem Ziel der Befreiung der Rheinlande weiter fortführt, die Reichswehr unter Ausschaltung aller selbständigen Politik auf ihre rein militärischen Aufgaben beschränkt und den Achtstundentag wiederherstellt. Die Bildung einer solchen Regierung wird von der Sozialdemokratie angestrebt, in eine solche Regierung einzutreten und sie mit allen Kräften zu fördern, ist die Sozialdemokratie bereit. Kommt eine solche Volksregierung nicht zustande, so wird die Verantwortung dafür nicht bei der Sozialdemokratie, sondern bei den bürgerlichen Parteien zu suchen sein.

Man zerbricht sich an manchen Stellen den Kopf darüber, warum die sozialdemokratische Entschliebung von einer Gemeinschaft der „auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehenden Parteien“ spricht und nicht von einer bestimmten Form der Koalition. Der Grund liegt eben darin, daß diese Frage der Koalitionsform nicht die entscheidende ist. Entscheidend ist das sachliche Programm: Republik, Genf und Thoiry, Reichswehrreform, Achtstundentag. Wer dieses Programm annimmt, der ist der Sozialdemokratie als Koalitionsgenosse willkommen. Im übrigen hat die „B. Z. am Mittag“ recht — sie spricht damit nur Mitbekanntes aus — daß sich die Opposition der Sozialdemokratie nicht gegen die auswärtige Politik der bisherigen Reichsregierung und nicht gegen die Person des Herrn Stresemann richtet. Auch hier ist eben wieder die rein sachliche Politik der Partei entscheidend: es kommt für sie darauf an, was ein Minister tut, nicht aber darauf, welcher Partei er angehört. Wobei selbstverständlich ist, daß auch diese Unvoreingenommenheit Grenzen hat. Ein Deutschnationaler würde als Minister, ohne sich von seiner Partei und ihren Anschauungen völlig losgelöst zu haben, niemals das Vertrauen der Sozialdemokratie finden können.

Der Beschluß des Parteiausschusses bringt nichts Neues, nichts Ueberraschendes. Er entspricht den früher gefaßten Beschlüssen der Reichstagsfraktion, die er ausdrücklich billigt. Tatsächlich hat ja die Sozialdemokratie ihre Bereitschaft, im Sinne des jetzt gefaßten Beschlusses zu handeln, keinen Augenblick verweigert. Sie war, ist und wird bereit bleiben, mit anderen Parteien gemeinsam die Regierung zu bilden, wenn sie in ihrer Bedeutung als größte republikanische Partei, als Vertreterin der Arbeitermassen respektiert wird und wenn sich ihr die Möglichkeit bietet, für die Republik und die notleidenden Schichten des Volkes etwas Nützliches zu erreichen.

Die Forderungen, die die Sozialdemokratie im gegebenen Augenblick aufstellt, sind keine besonderen sozialdemokratischen Parteiforderungen, sie sind Volksforderungen im besten Sinne des Wortes. Daß die große Mehrheit des Volkes auf dem Boden der Republik steht, kann nicht bezweifelt werden. Daß die bisherige Außenpolitik, deren Fortführung wir wünschen, eine erdrückende Volksmehrheit hinter sich hat, ist jüngst erst von Herrn Stresemann in seiner Hamburger Rede festgestellt worden. Die Notwendigkeit, die Reichswehr im Sinne des sozialdemokratischen Beschlusses zu reformieren, ist durch die Regierungserklärung vom 17. Dezember anerkannt. Das Arbeitszeit-Gesetz schließlich ist nicht nur von den freien, sondern von den Gewerkschaften aller Richtungen gefordert worden.

Sieht man die Dinge so, dann könnte man meinen, eine Regierung mit den Sozialdemokraten müßte im Handumdrehen gebildet werden können. Jedermann weiß aber, daß das keineswegs der Fall ist. Wo liegt der Grund dafür? Darüber ist in der letzten Zeit entsetzlich viel zusammengefabuliert worden von Leuten, die aus Gründen ihres Parteiinteresses nicht imstande sind, der Wahrheit gerade ins Gesicht zu sehen. Wahrheit ist, daß die Volkspartei dauernd mit allen möglichen Vorwänden — zuletzt müßte die Rede Scheidemanns dazu herhalten — den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung hintertreibt und daß die anderen Mittelparteien nicht den Willen oder nicht die Kraft haben, diesem Treiben erfolgreich entgegenzutreten.

Was sich da um die Regierungsbildung in Deutschland abspielt ist nichts anderes als ein in veränderten modernen Formen sich vollziehender Klassenkampf. Es ist eben auf der Rechten und bei einem Teil der Mittelparteien noch

Dauerkrise in Sachsen.

Noch kein Ministerpräsident. — Heute vier Uhr wird noch einmal gewählt.

Dresden, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Ministerpräsidentenwahl ist in der heutigen Sitzung des Landtags wieder nicht zustande gekommen. Es wurden abgegeben für den Kandidaten der Sozialdemokratie Fleißner 45 sozialistische und kommunistische Stimmen, für den bisherigen Ministerpräsidenten Heiß von der NSD. 31 altsozialistische und bürgerliche Stimmen, für den deutschnationalen Kandidaten Krug von Ribba 14 Stimmen. Außerdem wurden noch abgegeben von den Aufwertlern vier weiße Stimmen und die beiden Nationalsozialisten enthielten sich der Stimme.

Nachdem die Ministerpräsidentenwahl ergebnislos verlaufen war, brachte der Abg. Blüher von der Deutschen Volkspartei einen Antrag ein, die Ministerpräsidentenwahl bis zum 18. Januar zu verzögern.

Es wurde aber ein Antrag der Aufwertler und der Nationalsozialisten angenommen, eine Sitzung heute nachmittags um 4 Uhr anzuberaumen, auf deren Tagesordnung wieder die Wahl des Ministerpräsidenten gesetzt werden soll.

Die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau.

Einführung einer Untersuchungskommission.

In der Aussprache im Reichsarbeitsministerium am 10. Januar verständigten sich die Tarifparteien grundsätzlich über die Zusammenfassung und den Aufgabenkreis der von der Schlichterkammer am 23. Dezember 1926 vorgeschlagenen Kommission zur Untersuchung der Möglichkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Die Ernennung des Vorsitzenden durch das Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerium steht unmittelbar bevor.

Als unparteiische Beisitzer haben sich die Tarifparteien auf die Herren Professoren Spackeler in Breslau und Brauer in Karlsruhe geeinigt. Ergänzt wird diese Kommission durch je einen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als sachverständiges Mitglied ohne Stimmrecht.

Die Kommission soll ihre Arbeiten alsbald aufnehmen und bis zum 15. März zum Abschluß bringen.

Dr. Diamand und der Korridor. Verfasser des heute morgen hier veröffentlichten Aufsatzes „Das Problem des Korridors“ ist Genosse Dr. Diamand. Ein Druckfehler hatte bedauerlicherweise den Namen des bekannten polnischen Politikers bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Ferner soll es in dem Artikel statt „ethnisch-polnische Grenze“ „ethnisch-polnische Grenze“ heißen.

Mexiko verhaftet Amerikaner.

Blockade gegen Nicaragua. — Das Dollarkapital gegen den Schiedsspruch.

New York, 11. Januar. (T.M.) Die Vertreter der „Associated Press“ und der „United Press“ sind in Mexiko verhaftet worden. Der amerikanische Gesandte in Mexiko hat sofort den schärfsten Protest bei der mexikanischen Regierung erhoben und die sofortige Freilassung der Verhafteten verlangt.

Admiral Calmer hat neue Marinetruppen in Nicaragua gelandet. Nach Washingtoner Meldungen sollen die Instruktionen Calmers so weit gehen, daß er die Hungerblockade verhängen kann, wenn er es für nötig hält.

Die amerikanischen Desinteressenten in Mexiko haben die Erklärung abgegeben, daß sie eine Anrufung des Haager Schiedsgerichtshofs schriftlich ablehnen. Die amerikanische Senatsopposition verlangt immer eindringlicher das Erscheinen Kelloggs vor dem Auswärtigen Senatsausschuß, damit, wenn es überhaupt noch möglich sei, ein mittelamerikanischer Krieg vermieden werde.

Coolidge erklärt Mexiko für schuldig an den Wirren in Nicaragua.

Washington, 12. Januar. (W.T.A.) In einer Sonderbotschaft an den Kongress stellt Präsident Coolidge die amerikanische Politik gegenüber Nicaragua dar als Politik des vollen Schutzes der amerikanischen Interessen im Einklang mit der traditionellen Haltung der Vereinigten Staaten. Die Eigentumsrechte der Vereinigten Staaten an der nicaraguanischen Kanalstraße zusammen mit den Verpflichtungen, die aus den Kapitalanlagen aller Klassen unserer Bürger in Nicaragua sich ergeben, verstehen uns in die Lage einer besonderen Verantwortlichkeit. Die amerikanische Regierung hat nicht den Wunsch, sich in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas einzumischen, aber die Vereinigten Staaten haben gegenwärtig ein sehr bestimmtes und besonderes Interesse an der Aufrechterhaltung der Ordnung und einer guten Regierung in Nicaragua. Die Vereinigten Staaten können nicht umhin, jede ernste Bedrohung der Stabilität der verfassungsmäßigen Regierung in Nicaragua mit dieser Sorge zu betrachten, besonders, wenn zu einer derartigen Sachlage außerhalb stehende Einflüsse oder eine fremde Regierung beigetragen haben, oder wenn sie von ihnen herbeigeführt worden ist. Ich habe den schlüssigsten Beweis, daß bei verschiedenen Gelegenheiten seit August 1926 Waffen und Munition in großen Mengen an die Revolutionäre in Nicaragua verschifft worden sind. Die mit dieser Munition beladenen Schiffe sind in mexikanischen Häfen ausgerüstet worden und ein Teil der Munition hat, wie offensichtlich Merkmale zeigen, der mexikanischen Regierung gehört. Es scheint auch, daß diese Schiffe mit vollem Wissen und in einigen Fällen mit der Förderung mexikanischer Beamten ausgerüstet wurden und, wenigstens in einem Falle, von mexikanischen Marineoffizieren der Reserve befehligt wurden.

immer die Tendenz vorhanden, den Aufstieg der Arbeiter zur Gleichberechtigung zu unterbinden und das Recht auf Herrschaft den Klassen vorzubehalten, die im Kaiserreich herrschend gewesen sind. Diesem Zweck eines von oben her geführten Klassenkampfes muß auch, wieder ganz wie in der „guten alten Zeit“, die Verleumdung der Sozialdemokratie als „vaterlandslos“ und „landesverräterisch“ dienen.

Die Sozialdemokratie denkt aber nicht daran, sich geduldig in die Ecke schieben zu lassen. Sie kämpft für ihre sachlichen Forderungen und sie kämpft um die Möglichkeit, diese sachlichen Forderungen in der Regierung verwirklichen zu können. Wer ihr diese Möglichkeit versperren will, der wird sich über kurz oder lang vor dem Volk dafür zu verantworten haben — denn schließlich ist es das Volk, das in der Republik zu entscheiden hat, wie und von wem es regiert sein will.

## Der General als Politiker.

Eine demokratische Schulstunde für General Reinhardt.

Der Vorsitzende der demokratischen Partei, Dr. Koch, setzt sich in einem offenen Brief mit dem General Reinhardt auseinander. Die Auseinandersetzung ist hervorgerufen worden durch einen Aufsatz des Generals Reinhardt in der „D.A.Z.“, der sich mit der Frage des Heereserlasses beschäftigt und scharfe Angriffe gegen den Pazifismus (was Herr Reinhardt darunter versteht) und gegen die demokratische Partei enthielt. Tendenz: die Fähigkeit zum Eintritt in die Reichswehr fängt rechts von den Demokraten an. Reinhardt schreibt:

„Hand aufs Herz, wo liegt man: Ich bin deutscher Republikaner und bereit, mein Vaterland mit der Waffe in der Hand gegen jeden zu verteidigen, der deutschen Boden rauben will. Ich trete dafür ein, daß die Wehrmacht der deutschen Republik das heilige Recht des deutschen Volkes, sein Land zu verteidigen, in gleicher Weise und mit gleichen Mitteln wahrnehmen kann, wie jedes Nachbarland Wehrmacht. Der oberste Gesichtspunkt in der Abrüstungsfrage ist für mich die „Sicherheit“ des deutschen Volkes.“

Solches Bekenntnis vermißt Reinhardt bei den Demokraten. Er sagt ihnen nach, daß ihre Wortführer dem Stimmzettel der Wähler im Volke, denen ein weiches „nie wieder Krieg“ gefällt, Rechnung tragen. Koch antwortet:

Ihr Aufsatz ist ein erschütternder Beweis für die politische Einseitigkeit und Unwissenheit, die in leitenden Kreisen der Reichswehr noch vorkommt. Ich sollte meinen, er würde den für die Reichswehr verantwortlichen Stellen beweisend für die Notwendigkeit sein, darin Wandel zu schaffen.

Wer sind die Wortführer der Deutschen Demokratischen Partei, auf die Ihre Vorwürfe zutreffen?

Ich zitiere Ihnen nur einen Passus aus meiner Rede auf dem letzten Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei:

„Wenn Pazifismus heißt, das Märchen von der Kleinschuld Deutschlands am Weltkrieg hinnehmen und nachsprechen, wenn Pazifismus weiter heißt, unsere kleine Reichswehr noch vermindern, während ringsum die Völker in Rüstung starren, wenn Pazifismus endlich heißt, den Versailler Frieden als unabänderliches Recht hinnehmen, dann werden sowohl ich als jeder von Ihnen es weit abweisen, Pazifist zu sein.“

Wenn aber Pazifismus heißt, die Beziehungen mit dem Ausland dazu zu benutzen, das Märchen von der deutschen Kriegsschuld zu bekämpfen, wenn Pazifismus heißt, die anderen darauf hinzuweisen, daß nach dem Versailler Friedensvertrage zwar wir mit der Abrüstung voranzugehen, sie aber nachzuziehen haben, und wenn Pazifismus endlich heißt, Europa durch den Versailler Friedensvertrag noch nicht als bedrückt anzuerkennen, sondern im Zusammenwirken mit anderen Völkern die wahre Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der europäischen Völker noch zu suchen, dann müßten wir alle Loren sein, wenn wir einen solchen Pazifismus nicht im Kampfe um die Wiederaufrichtung und die

Gleichberechtigung des deutschen Volkes bekennen und nutzen würden.“

Solche Gesinnung, wie sie von Rathenau bis Stresemann auch Richtschnur der amtlichen Außenpolitik gewesen ist, als einen Pazifismus abzutun, der zum Eintritt in die Reichswehr unfähig macht, ist politischer Dilettantismus.

Das Schlimmste aber ist, daß Sie unsere Haltung diffamiert glauben durch die Sucht, Stimmen zu gewinnen. Stimmen gewinnt man heute am besten durch die Hervorkehrung kriegerischen Vorherrschafts. Aber ich habe in meiner langen politischen Tätigkeit noch niemals meinem politischen Gegner den Vorwurf gemacht, daß seine politischen Handlungen auf Stimmenfang hinarbeiteten, anstatt der Ausdruck seiner politischen Überzeugung zu sein. Es bleibt Ihnen vorbehalten, Herr General, bei Ihrem Debut auf dem Gebiete der Parteipolitik Politiker der Gesinnungslosigkeit zu zeihen.“

Die Antwort Kochs an Reinhardt kennzeichnet den Geist des den Schlagwortes, der Verächtlichmachung des Gegners, der bei den Rechtsparteien üblich ist und in der Reichswehr kritiklos übernommen wird. Es war notwendig, diesen Geist aufzuzeigen — aus ihm erklärt sich das unhaltbare System des Heereserlasses, das Republikaner ausschließt.

Dr. Koch, der Vorsitzende der Demokratischen Partei, wendet sich schließlich an den demokratischen Reichswehrminister Dr. Gehler, damit dieser gegen die parteipolitischen Angriffe des Generals Reinhardt einschreite. Die Auseinandersetzung wird damit zu einem Kapitel des Problems Gehler.

## Die Rheinlandreise des Innenministers.

Einführung des Kölner Regierungspräsidenten Eifgen.

Aus Anlaß der Einführung des neuen Regierungspräsidenten von Köln, Eifgen, hielt der preussische Minister des Innern, Erzseinski, im Verlauf seiner Rheinlandreise am Dienstag vormittag in Köln eine Ansprache, aus der der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes veröffentlicht:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum neuen Leiter des Kölner Regierungsbezirks hat die Staatsregierung im Einvernehmen mit dem Provinzialausschuß der Rheinprovinz den bisherigen Ministerialrat im Staatsministerium, Herrn Eifgen, ernannt. Sie kommen, Herr Regierungspräsident, in noch verhältnismäßig jungen Jahren an die Spitze eines der wichtigsten und volkreichsten Bezirke des preussischen Staates, in dem Sie an den großen Aufgaben der republikanischen Staatsverwaltung führend mitzuwirken die Pflicht haben. Ihre erste Aufgabe ist es, als Vertreter der Staatsregierung die Befehle und Verfügungen durchzuführen und ihre Durchführung

im Geiste der republikanisch-demokratischen Verfassung zu überwachen und zu Ihrem Teil den Staat und seine Einrichtungen zu schützen. Darüber hinaus werden Ihnen auf wirtschaftlichem, sozialem und kommunalem Gebiete dadurch besondere Pflichten erwachsen, daß der Kölner Bezirk zu den höchstentwickeltesten des Staatsgebietes gehört.

Es wird Ihnen weiter für Ihren Bezirk obliegen, den kulturellen und sittlichen Kräften im Volke die verfassungsmäßige Freiheit der Entwicklung zu gewährleisten und sie mit Verständnis zu fördern. Für den preussischen Staat sind zur Erfüllung seiner staatspolitischen und kulturellen Aufgaben die ihm aus seiner westlichen Provinz zuwachsenden wertvollen Kräfte schließlich lebensnotwendig. Ich verlange von jedem Beamten, insbesondere aber von den Herren, die an so verantwortlicher Stelle im Staate gestellt worden sind wie Sie, Herr Regierungspräsident, unbedingte Hingabe an den Staatsdienst in reiflicher Pflichterfüllung.

Dabei trifft es sich glücklich, daß Sie ein Sohn des Rheinlandes sind, Herz und Pulsschlag der Bevölkerung kennen und auch Ihre ersten Dienstjahre in Ihrem Heimatbezirk verbracht haben. Vor allem aber ist es Ihnen möglich gewesen, in den entscheidenden schicksalsschweren Jahren von 1922 bis 1926 in den Zentralstellen

des Reiches und Preußens zu Ihrem Teile mitzuwirken, daß Reich und Staat der Rheinprovinz in den Räten der Befehlsung beistehen konnten, und daß ein

lebendiges Vertrauensverhältnis zwischen Bevölkerung und Regierung

sich in allen Zeitläuften und Schwierigkeiten der Nachkriegsjahre zum Segen des gesamten Vaterlandes bewährte. Im übrigen führen Sie Ihr interessantes Amt auch mit Verantwortungsbewußtheit, frei von bureaukratischer Engherzigkeit. Wenn Sie auf den verschlungenen, meist sehr unübersichtlichen Wegen der Befehls, Erlasse und Verfügungen, der Auslegungskunst insbesondere auch des Verwaltungsrechts einmal irre werden sollten, dann appellieren Sie an Ihren eigenen gesunden Menschenverstand und tun das Vernünftige.

Indem ich Sie hiermit in Ihr Amt einführe, spreche ich Ihnen und dem Bezirk für Ihre Tätigkeit meine besten Wünsche aus.“

Nach der Ansprache des Ministers des Innern dankte Regierungspräsident Eifgen dem Minister für seine freundlichen Worte zur Einführung in das schwere Amt.

## „Um keinen Preis Revision.“

Zaleski gegen eine deutsche Korridorpropaganda.

Warschau, 11. Januar. (W.P.B.) Bei einem Banquet anlässlich der Gründung einer „Gesellschaft zur Untersuchung internationaler Fragen“ hielt Außenminister Zaleski gestern eine große politische Rede, in der er sich besonders über das deutsch-polnische Verhältnis aussprach. Zaleski betonte zuerst die unbedingte Friedlichkeit der polnischen Außenpolitik. Obgleich Deutschland Mitglied des Völkerbundes ist, entfaltet es gegen unsere Westgrenzen eine unerhört starke Propagandaoffensive. Es ist das Bestreben aller polnischen Politiker, die besten nachbarlichen Beziehungen zu Deutschland herzustellen. Dieses Bestreben hat unsere ganze bisherige Politik gegen Deutschland bestimmt. Andererseits glaube ich die Meinung des gesamten polnischen Volkes auszudrücken, wenn ich erkläre, daß wir als Preis für diese guten nachbarlichen Beziehungen eine Revision unserer Westgrenzen nicht zulassen werden. Um keinen Preis werden wir auch nur einen Fußbreit pomeranischer oder ober-schlesischer Bodens abtreten, jene seit Jahrhunderten polnischen Länder, die uns eine übermächtige Gewalt genommen hatte und die uns der Sieg des Rechts und der Gerechtigkeit wieder zurückgegeben hat. Jeder Pole weiß, wie teuer uns diese Gebiete sind und jeder weiß, daß sie nicht weniger polnisch sind als andere polnischen Landschaften. Jeder weiß, daß Polen ohne sie nicht leben kann und daß ein 30-Millionen-Volk unter solchen geographischen und politischen Bedingungen wie hier, ohne einen freien Zugang zum Meere erdrückt werden muß. Jeder Pole würde auch nicht einen Augenblick überlegen, die höchsten Opfer an Gut und Blut zu bringen, um diese Gebiete gegen alle Gelüste zu schützen, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Die Überzeugung von der Einmütigkeit der ganzen polnischen Nation in dieser Frage wird sich, so hoffe ich, immer tiefer sowohl bei unseren Freunden wie bei unseren Feinden befestigen. Ich habe die Hoffnung, daß die Überzeugung dieser Einmütigkeit in den Auffassungen des polnischen Volkes das Aufkommen sinnloser Pläne, wie z. B. den Austausch des Korridors gegen Litauen und Memel, unmöglich machen werde.

## Herabsetzung des Reichsbankdiskonts.

Von 6 auf 5 Prozent.

In der heutigen Zentralauschussung der Deutschen Reichsbank wurde die Herabsetzung des Diskontsatzes von 6 auf 5 Prozent beschlossen. Der Lombardinzins wird zunächst mit 7 Prozent unverändert bleiben.

Die Verhandlungen über die Restpunkte haben am Montag begonnen. Die deutschen Delegierten suchten den Generalsekretär und den Vorsitzenden der Bolschewikerkonferenz auf. Ueber die Besprechungen ist keine Mitteilung ausgegeben worden.

## Festkultur.

Von Bruno Schönant.

Immer mehr bekommt das proletarische Fest sein eigenes Gesicht. Es ist freilich noch eine große Kulturarbeit zu leisten. Noch triumphiert zuweilen Kleinbürgerlicher Kitsch und die Freude an oberflächlich plätschernden Vereinsfesten, das muß ehrlich ausgesprochen werden, sonst kommen wir nicht weiter. Die Kulturorganisationen von Partei und Gewerkschaft leisten da auch gute erzieherische Arbeit. Es sei in dem Zusammenhang an die Teilung des Arbeiterfängerbundes erinnert, die einen frischfröhlichen, aber unerschütterlichen Kampf gegen die dilettantische Selbstzufriedenheit führt und so die Programme auf ein immer höheres Niveau treibt.

Und wie beim Sängerbund, so in den anderen Kulturorganisationen und -festen, in denen besonders die neue Generation sich nach der romantischen Belebung der Wälder, Tanz- und Rinnelieder dem großen Gemeinschaftsleben der eigenen Klasse zuwendet. Eigene Freude und eigenes Leid, Sehnsucht und Bergewissung, Niedersinken und Anstürmen, kurz die ganze Gefühlswelt des einzelnen innerhalb seines großen Kreises drängt nach Gestaltung. Es wäre Großsprechertum, schon mit einer Arbeiterkunst zu prahlen. Dazu fehlen zumeist noch die ökonomischen Bedingungen, denn die Organisationen sind nicht stark genug — leider! —, um Auftraggeber für ihre Künstler zu sein, und der Kampf ums Dasein, um das tägliche Brot, bindet noch den größten Teil der künstlerischen Kräfte. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß eine eigentliche Arbeiterbildung, die über das wehleidige Selbstbejammern sich erhebt, erst mit dem Wachsen der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien möglich war. Die ältere Generation der Klöar, Hasenfener und anderer kam einfach vor lauter Funktionen nicht zu der schöpferischen Pause. Doch jetzt sieht man schon nach nebeligem fliehen, nach nicht greifbarem Ahnen, sich Festes gestalten. Anfänge, Clappen!

Somit! Aber Anfänge, um die sich neues kristallisieren kann und wird. Der vielstimmige Geist der Gemeinschaft — leider bleiben viele seiner Bewunderer lieber am ästhetischen Teufelsch, auch geistig — wirkt sich allmählich aus. Der Unfug, daß jeder Verein ein gekränktes Bayern spielt, wenn ihm nicht eine Extravaganz gebraut wird, weicht allmählich der Erkenntnis, daß nur im Zusammenwirken Großes erreicht werden kann. Viele zusammengehoften Kräfte, von einer einheitlichen Idee befeuert, sind oft stark genug, überkommenen Festen ein eigenes Gepräge zu geben. Ein Beispiel hierfür gab die diesjährige Silvesterfeier auf dem Kreuzberg, wo trotz schlechten Wetters an die Tausend Menschen, hauptsächlich junge, aber auch viele ältere sich einfanden, um im Angesicht von Stadt und Himmel das neue Jahr zu begrüßen. Ein Experiment, aber es bestand seine Probe. Das Arbeiterkulturfest gab mir einen Auftrag, auf diese Mitternachtsstunde einen kleinen Sprechchor zu schreiben. Hier hätten wir also das Kulturkarneval als Auftraggeber, wie früher die Kirche oder das absolute Fürstentum die Kunst sich dienstbar machte. Tasha Horenstein mit einem Bläserchor und der Junge Chor Lieffens umrahmten wirkungsvoll den Florathischen Sprechchor der gleichsam der Bewunderer des

neuen Jahres wurde. Ein ideales Zusammenwirken, das durch die fadeltragenden Zuhörer auch den Augen einen starken Eindruck gemeinschaftlichen Erlebens gab.

Es sind gewiss nur Anfänge, aber sie sind verheißungsvoll, denn überall im Reich bildet sich allmählich ein eigener Stil der Festgestaltung heraus. In einer nahen Zukunft wird und muß es möglich sein, in den großen Städten ein eigenes Festhaus zu bauen, denn was jeder kleinen Seite möglich ist, sollte auch der starken Arbeiterbewegung gelingen.

## Stadt- und Staatsoper.

Die Arbeitsgemeinschaft der Staatsoper-Theater mit dem Städtischen Opernhaus ist gestern in einer Ausschussung endgültig beschlossen worden. Die Fusion besteht aus unbestimmter Zeit. Als Generalintendant beider Unternehmungen ist Herr Lietjen endgültig gewählt worden. Einen besonderen Beitrag hat die Städtische Oper mit Herrn Lietjen als Intendanten abgeschlossen. Dieser Vertrag dauert bis 1930.

Die Arbeitsgemeinschaft zwischen staatlicher und städtischer Oper ist nun eine fertige Tatsache geworden. Nicht ohne Bedenken haben die städtischen Behörden diesen Beschluß gefaßt, aber letzten Endes zog die Ernennung des städtischen Intendanten Lietjen zum staatlichen Generalintendanten die künstlerische Fusion der Institute zwangsweise nach sich.

Die Deffinitivität sieht sich genau so wie die maßgebenden Instanzen einem Raum gegenüber, das in der deutschen Operngeschichte noch nicht dagewesen ist. Daher ist auch alle Prophezeiung nicht nur müßig, sondern sie muß im Dunkeln tappen. Ein Versuch ist gemacht, der, wenn er gelingt, für Berlin eine Blüte des Opernwesens herbeiführen kann, ja vielleicht vom Zentrum aus auf ganz Deutschland und von hier aus auf Europa kulturell befruchtend wirken kann. Man hat die besten Namen von Kapellmeistern jetzt in Berlin beieinander, weitere werden folgen, und von einer einzigen Hand aus sollen die Fäden nach den einzelnen Instituten je nach der Physiognomie ihrer Leiter und ihrer Kräfte geworfen werden. An der Ausgestaltung des Repertoires, das in Berlin immer noch im argen liegt, werden wir bald erkennen, ob Lietjen dieser Riesenaufgabe gemachsen ist. Daß er sich nicht völlig in das Fahrwasser der staatlichen Wünsche begeben wird, sondern daß der gleiche Wille wie bisher ihm auch für die städtische Oper wirksam bleiben wird, dafür bürgt uns lediglich die Persönlichkeit Lietjens selbst. Wir haben das Vertrauen zu ihm, daß er nach beiden Seiten hin zum besten der Institute arbeiten und regieren wird. Sollte die Sisyphusarbeit, die allein im Personellen zu leisten ist, ihn schwach machen, so würde die Stadt in jedem Augenblick von der Gemeinschaftsarbeit mit dem Staat zurücktreten können. Aber wir wollen hoffnungsvoll sein und wünschen, daß alle theoretischen Bedenken in ein Nichts zerfallen vor der elementaren Tat einer künstlerischen Einheit im Opernwesen Berlins. Finanziell und verwaltungstechnisch werden alle drei Häuser selbstständig arbeiten und auch die künstlerische Ausarbeitung der von dem Generalintendanten gewünschten Pläne wird den leitenden Köpfen der einzelnen Institute Freiheit genug geben, sich und ihre Häuser in edelster Konkurrenz gegen die anderen In-

stitute herauszuheben. Den staatlichen Instituten gegenüber ist die Städtische Oper augenblicklich mit Kapellmeistern so stark im Rückstand, daß hier sofort und mit stärkstem Verantwortungsgesühl Wandel geschaffen werden muß. Auch die Frage der Regie muß großartig und großstädtisch gelöst werden. All das sind, ebenso wie die Fragen der Einzelverwaltung und der jeweiligen Vertretung Lietjens in der Bismarckstraße schwer lösende Fragen, denen sich die städtischen Körperschaften und denen sich auch der Generalintendant mit besonderem Eifer hingeben werden. Daß kein autokratisches System herrsche, daß nicht vom Geschmack und vom Willen eines einzigen Mannes Berlin regiert werde, auch für diese negativen Seiten der neugeschaffenen Situation werden die Behörden aufmerksam und wache Augen haben. Es muß darauf geachtet werden, daß der große Plan einer von jedem Partikularismus freien Opernpolitik in Berlin nicht durch den Ehrgeiz, die Eitelkeit und die Expansionslust einzelner Persönlichkeiten zum Scheitern verurteilt wird.

Nach sind die heiteren und die schwarzen Lose in der Truhe miteinander gemischt. Wir bauen auf die Charakterfestigkeit des Generalintendanten, den die Städtische Oper zum prominentesten Operndirektor Deutschlands gemacht hat, wir bauen auf seine große Erfahrung sowie auf seine Kenntnis der jedem Opernhaus innewohnenden Eigentümlichkeit. Er wird, umgeben von einer Schor prominenter Mitarbeiter, die bisherige künstlerische Linie der Städtischen Oper zu erreichen wissen und aus der Zweifelsfähigkeit mancher Positionen an den Staatsoperhäusern auch dort den Weg zur Einheitslichkeit und zur Höhe zu gehen haben. Unerhörtes lastet auf ihm, dem Alleinvertwortlichen. Wir wünschen ihm die Kräfte, den Kopf, die Elastizität und die dauernde Stimmung, das große Werk, das im Dunkel vor uns liegt, zu lichtem Ende zu führen. R. E.

**Volksbühne.** Am „Theater am Blomplatz“ wird die Erstaufführung von Hindenberg „Traumspiel“ in der Uebersetzung von Heinrich Goebel, mit einer neuen Regie von Wolfgang Jetter für Ende Januar vorbereitet. Regie: Fritz Dell.

**Museumsführungen.** In den Schallischen Museen beginnen am 16. von neuem die amtlichen Führungen. Am genannten Tage führt Dr. Köster im Alten Museum (Antike-Galerie) Direktor Demmler im Kaiser-Friedrich-Museum (M. v. Dind) und Prof. Brummer in der Sammlung für deutsche Volkskunde, Klosterstr. 36 (Deutsche Volkskunde). Die Führungen beginnen regelmäßig um 10 Uhr vormittags und dauern etwa bis 12 Uhr. Zutahlkarten zu 50 Pf. sind vor Beginn am Eingang der genannten Museen erhältlich.

**Im Cessingmuseum** hält am 17., 8 Uhr, Dr. Charlotte Baulh einen Vortrag mit Lichtbildern „Ein Sommer in Spanien“. Am 18. und 19. Januar spanische Nationaltänze, Leo Schulz-Reichmann singt spanische Lieder, aus Büchel: Lola Almosino.

**In der Galerie J. Cosper,** Ausfluchtendamm 233, zeigt Billas Tischen die Wälder zum erstenmal in Berlin seine Werke. Ebenso zeigt in der Galerie J. Cosper, Berlin, Kottbus zum erstenmal mit Aquarellen aus Siebenbürgen und Italien. Eröffnung 16. Januar.

**Nachrichten über die Grippeepidemie.** Der epidemologische Nachrichten- dienst des Völkerbundes hat beschlossen, ein Bulletin herauszugeben, in dem Nachrichten über den Charakter und die Ausbreitung der gegenwärtigen Grippeepidemie in den verschiedenen Ländern verbreitet werden.

# Die Havelregulierung.

„Die Vorarbeiten haben begonnen.“

Es hat den Anschein, als ob die Regierung nun doch mit den Arbeiten zur Regulierung der Havel ernst machen wolle. Da auch alle Fraktionen des Landtages sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt haben, dürfte endlich den bedrohten Orten, vor allem Liebenwalde und Zehdenick, Hilfe zuteil werden.

Die Reichs- und Landesbehörden beginnen sich mit der Angelegenheit ernsthaft zu beschäftigen. Sie haben mit den Vorarbeiten zur Sentung des Wasserstandes im Gebiet der „Schnellen Havel“ angefangen. Das Reichswirtschaftsministerium hat, nachdem eine besondere Kommission (die wiederholt ist das eigentlich? D. Red.) die Angelegenheit nachgeprüft hat, beschloffen, das sogenannte Döllnitzer Regulierung zu lösen und hat an Stelle der bei Liebenwalde eingestürzten Betonbrücke eine Holzbrücke errichtet. Im Verkehrsministerium ist das Projekt einer Regulierung des für die Schifffahrt außerordentlich wichtigen Wohlkanals ebenfalls fertiggestellt. Nach Durchführung dieser Arbeiten wird es nicht nur möglich sein, die gewaltigen Wassermengen schneller abzulassen, die von der Mecklenburgischen Seenplatte durch die Havel herunterkommen, sondern auch die Schifffahrt wird dadurch sehr erheblichen Aufschwung nehmen können. Die Reichswasserbauverwaltung soll in Zukunft die Verwaltung und Instandhaltung des Wohlkanals übernehmen. Das Hauptprojekt, nämlich die Regulierung der „Schnellen Havel“, die durch ihre Verlandung in der Hauptsache zu den riesigen Ueberschwemmungen in erster Reihe beigetragen hatte, muß jedoch im Landtag erst erörtert werden, damit von der preussischen Regierung und vom Reich die hierfür notwendigen erheblichen Mittel bereitgestellt werden können. Darüber hinaus müssen aber vom Landtag noch sehr erhebliche Mittel bewilligt werden, um die durch das jahrelange Hochwasser vollkommen verschlammten und sauer gewordenen Wiesen und Acker durch Melioration wieder ertragsfähig zu machen. Die Arbeiten in den Kreisen Templin und Niederbarnim werden voraussichtlich kaum vor dem Sommer 1928 beendet werden können.

Der Landtag wird zweifellos die notwendigen Mittel bewilligen. Hoffen wir, daß nicht irgendein Fischmeister oder sonst eine in der breiten Öffentlichkeit nicht allzubekannt „zuständige Stelle“ wieder unendlich lange die Abgabe irgend eines Sachverständigen-gutachtens oder sonst eine dienstliche Angelegenheit bis in alle Unendlichkeit hinausjögert und so mit Erfolg die vom Landtag gewollte Hilfe zum Schaden der Anwohner der Havelniederung sabotiert.

## Er will sich bei Hindenburg beschweren ...

Der Kulturfilmregisseur Häuser hatte aus Anlaß einer deutschnationalen Kundgebung im Lustgarten eine Ansprache gehalten. Seine Zuhörer bestanden zum größten Teil aus Arbeitern, die sich jedoch nicht von ihm beleidigen ließen. Daraufhin pöbelte Häuser sie an und schimpfte auf die „Juden“ und die „Saurepublik“. Die Arbeiter ließen H. wegen dieser Pöbeleien feststellen. Auf dem Wege zur Wache schimpfte H. weiter und mußte von Arbeitern geschützt werden, weil die in Erregung geratene Menge Mißhe machte, ihn zu lynchen. Vor Gericht spielte H. nun eine wenig heldenhafte Rolle. Er war in der ersten Instanz zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden. In der Berufungsinstanz gab er zu, Juden und Saurepublik geschimpft zu haben, will sich aber so ausgedrückt haben, daß die Republik eine Saurepublik sei, die solche Anhang habe. Er will also nur die Arbeiter beleidigt haben. Das Gericht stellte nach ausführlicher Vernehmung der vier Zeugen fest, daß er allgemein „Saurepublik“ geschimpft habe. H. bezieht sich vor Gericht so flehentlich, daß dem Vorsitzenden die Geduld riß und er H. wegen ungebührlichen Betragens bestrafen wollte. Er erklärte, daß jeder Arbeiter, ja jeder Verbrecher sich vor Gericht besser zu benehmen wisse. Der von H. beigebrachte Entlastungszeuge machte so ungenaue Angaben, daß das Gericht auf eine Würdigung der Aussagen keinen Wert legen konnte. Als der Richter auf Antrag des Staatsanwalts die Strafe des Vorderrichters für angemessen erklärte, erkundigte sich H. nach dem Namen des Richters, um sich „bei Hindenburg beschweren“ zu können. Man glaubt wohl, die Republik beleidigen zu können, man glaubt, daß man sich flehentlich benehmen dürfe, wenn man nur „rechts gerichtet“ sei. Man hält es aber nicht für nötig, sich die einfachsten Kenntnisse über das Wesen öffentlicher Einrichtungen anzueignen. Warum auch nicht? Je dummer und unwissender einer ist, um so größer pflegt sein Selbstgefühl zu sein, um so besser kann er über die Republik schimpfen und ohne Gewissensbisse mit innerster Ueberzeugung die unsinnigsten Dinge behaupten.

## Der Kampf um die schwarzweißrote Fahne.

Wegen Teilnahme an einem Landfriedensbruch wurde unter Aufhebung der freisprechenden Urteile in der ersten Instanz gestern der Arbeiter B. von der Berufungskammer des Landgerichts II zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Es handelte sich bei der Anklage um einen Zusammenstoß zwischen Anhängern von rechts und links am 20. Juni, am Tage des Volksenscheids. Ein meist von jungen Leuten besetztes Propagandaauto mit schwarzweißroten Fahnen wurde unterwegs mit Steinen beworfen und dann in der Kolonnenstraße in Schöneberg angehalten. Hier kam es zu einem Zusammenstoß. Einem fünfzehnjährigen Schüler wurde die schwarzweißrote Fahne entzogen. Dabei soll der Angeklagte mit zwei Freunden, ebenfalls wie er vom Roten Frontkämpferbund, tätig mitgewirkt haben. Nach der Behauptung der Zeugen soll der Angeklagte die Fahne entzogen und versucht haben, sie über dem Ritz zu zerbrechen. Das Gericht hielt das aber nicht für wahrscheinlich, da er ein Kriegsveteran ist, der die eine Hand nicht mehr brauchen kann. Der Angeklagte behauptete auch, daß er die Fahne von der Erde aufgehoben habe. Er sei in Erregung gewesen, weil sie selbst überfallen worden seien. Man habe seinem Freunde W. das Glasauge herausgeschlagen gehabt, und da habe er eingreifen wollen. Die Strafkammer nahm an, daß der Angeklagte an einer Zusammenrottung zum Zwecke von Gewalttätigkeiten teilgenommen habe, und es wurde auch festgestellt, daß er mindestens die Fahne in der Hand gehabt habe. Das Urteil lautete auf die Mindeststrafe für Landfriedensbruch (!) von drei Monaten Gefängnis, jedoch wurde dem Angeklagten für die Strafe dreijährige Bewährungsfrist bewilligt.

In der „Urania“ sprach am Sonntag Dr. med. Schmidt über das Thema „Sechs Jahre praktische Altersbekämpfung“. Dr. Schmidt hat seit Jahren systematisch die biologische Altersbekämpfung betrieben, sehr viel Material gesammelt und daher erhebliche praktische Erfahrung auf dem sehr heißen Gebiete der „Verjüngungswissenschaft“. Er konnte daher auch konkrete Ergebnisse mitteilen. Im übrigen galt der Vortrag in der Hauptsache dem Wunsch, gewisse Irrtümer, die sich der Laie von den „realisierenden“ Methoden der modernen Medizin macht, zu berichtigen. Es gilt weniger der „Verjüngung“ als vor allem der Jungerhaltung. Der verarmte Mitteleuropäer ist durch wirtschaftlichen Ruin gezwungen, über das normale Arbeitsalter hinaus zu arbeiten. Selbstamerweise trat man den Verjüngungstheorien in Deutschland sehr skeptisch entgegen und machte sie lächerlich. Man war, wie Schmidt ausführte, sehr unglücklich eingestellt. Der Internationale Kongress für Sexualerziehung sei daher ein Ereignis gewesen. Der Redner behandelte sodann die wichtigsten Merkmale der Steinach'schen Theorie, die erfolgreichen Versuche der geschlechtlichen Umwidmung, die man mit Meeresschwämmen durchgeführt hat, bei denen man Männchen in Weibchen umwandelt. Die physische Umwidmung bedingt naturgemäß auch eine seelische. Eine große Anzahl Kontrollphotographien, die Schmidt in drei Erdteilen gesammelt hat und die zweifellos überraschende Ergebnisse beweisen, wurden noch dem Redner vorgeführt.

# Der Barmat-Prozeß.

Starker Andrang der Zuhörer. — Ein befangener Sachverständiger.

Im großen Schwurgerichtssaal in Moabit begann heute pünktlich um 9 1/2 Uhr der Barmat-Prozeß, der sich gegen die Gebrüder Barmat und eine Reihe anderer Angeklagter richtet.

Schon eine Stunde vorher drängten sich die Zuhörer, um Plätze im Saal zu erhalten, und nur ein kleiner Teil Bevorzugter konnte auf der ersten Bank Platz nehmen, ehe der Sturm derer, die im Regen geduldig ausgeharrt hatten, einsetzte. Im Zuhörerraum sah man viel Angehörige der Angeklagten, auch die Vertreter einiger Banken, sonst aber Kriminalstudienten, die von dem Prozeß offenbar gleich am ersten Tage Ueberraschungen erwarten.

Während die Angeklagten mit ihren Verteidigern die ganze linke Seite des Saales bis zu den Zuhörerbänken erfüllen und die Vertreter der Presse in drangvoll fürchtlicher Enge sitzen, hatte man die früheren Geschworenenbänke für die Vertreter der Behörden und der Parlamente freigelassen. Tatsächlich erschien bis zu Beginn der Verhandlung jedoch nicht ein Politiker, und nur die beiden neu hinzugeladenen Sachverständigen Professor Seidmann und Regierungsrat Selbmann sahen einsam auf den reservierten Plätzen.

Präzis um 1/10 Uhr betrat das Gericht unter Vorantritt des Verhandlungsleiters Landgerichtsdirektor Neumann den Saal. Es erfolgte die Bereidigung der Schöffen und der Erfahrente und dann trat man in die Verhandlung ein. Ohne Präliminarien eröffnete Dr. Neumann und vernahm die Angeklagten zur Person. Julius Barmat ist 1889 in Lman in der Ukraine geboren und bezeichnet sich als staatenlos. Er war vom 7. Januar 1925 bis 23. Mai 1925 und vom 7. März 1926 bis 17. März 1926 in Untersuchungshaft. Henry Barmat ist 1892 in Lodz geboren, auch er ist staatenlos. Er war ungefähr die gleiche Zeit wie sein Bruder in Haft. Der Geschäftsführer Klonzke, der 1894 geboren ist, stammt aus Pommern. Er war 1925 2 1/2 Monate in Untersuchungshaft. Oberfinanzrat A. D. Hellwig stammt aus Leipzig, er war 3 1/2 Monate in Untersuchungshaft. Bei dem Angeklagten Reichstagsabgeordneten Lange-Hegermann, der aus Boitrop stammt, stellt der Vorsitzende fest, daß entgegen einigen Presseäußerungen das Gericht auf dem Standpunkt stehe, daß die Voraussetzungen für eine Strafverfolgung gegen ihn als Abgeordneten gegeben seien. Lange-Hegermann nahm diese Mitteilung ohne Widerspruch zur Kenntnis. Von den übrigen Angeklagten ist erwähnenswert, daß Rabbino-witz und Hugo Staub noch als Anwälte, Walther und Hahlo noch als Versicherungsdirektoren tätig sind. Dagegen ist der Oberzolinspektor Stachel zurzeit vom Dienst abwesend.

Nach Vorlesung des Eröffnungsbeschlusses ergriff Rechtsanwalt Juliusburger II das Wort, um im Namen von Julius Barmat und Klonzke den Sachverständigen Regierungsrat Selbmann wegen Beforgnis der Befangenheit abzulehnen.

Selbmann war schon in der Voruntersuchung Sachverständiger des Staatsanwalts und habe als solcher ein Gutachten erstattet, das zum Teil wörtlich in die Anklageschrift übernommen worden sei. Er habe sich dabei nicht auf Ausführungen über die wirtschaftliche Bewertung der Barmat-Unternehmungen beschränkt, sondern sich auch über ein Rechtsgebiet ausgelassen, nämlich über die Frage, ob Betrag vorliege. Er sei also Hilfsarbeiter der Staatsanwaltschaft gewesen und könne infolgedessen nicht geeignet sein, jetzt als unparteiischer Sachverständiger in der Hauptverhandlung aufzutreten.

Der Verteidiger verlas darauf zwei Briefe, und zwar der Chromo L. G. und der Bernsdorfer Kunstleidenpinnerei an die Amerima. Diese Briefe habe Regierungsrat Selbmann dazu benutzt, um ihren Inhalt in das Gegenteil zu verkehren und so die Scheiben in seinem Sinne für die Anklage zu benutzen. Die Ablehnung des Sachverständigen müsse aber auch erfolgen, weil er für das Landesfinanzamt Steuerverfahren gegen Julius Barmat und Klonzke durchgeführt habe. Die Vernehmungen in diesen Sachen seien in den Räumen der Staatsanwaltschaft erfolgt. Selbmann sei also ein Hilfsarbeiter der Staatsanwaltschaft gewesen. Schließlich sei der Sachverständige vor-eingenommen, denn er habe noch vor wenigen Tagen zu dem Direktor der Treuhandgesellschaft Müller geäußert: „Nun, halten Sie Julius Barmat immer noch für einen Engel?“ Rechtsanwalt Dr. Frankfurter schloß sich für die Gesamtoverteidigung diesem Antrage an. Generalstaatsanwalt Rohbo bot, die Anträge der Verteidiger abzulehnen, da Selbmann nur gutachtlich in dem ganzen Verfahren tätig gewesen sei. Wenn schließlich Regierungsrat Selbmann sich zu dem Direktor der Treuhandgesellschaft in dem wieder-gegebenen Sinn geäußert habe, so sei es die Ansicht eines Privatmannes gewesen, und diese Angelegenheit stehe mit der gutachtlichen Tätigkeit Selbmanns in keinem Zusammenhang.

Regierungsrat Selbmann selbst verwahrte sich dagegen, daß man aus den umfangreichen Unterlagen einzelne herausgreife und gegen ihn auswerte. Eine Äußerung, wie sie ihm hier von der Verteidigung in den Mund gelegt worden sei,

habe er auf keinen Fall getan, auch nicht eine ähnliche.

dazu sei er viel zu vorsichtig gewesen. Er sei in seinen Berichten rein sachlich geblieben und habe sich für völlig unbefangen.

Der Vorsitzende wies dann, um in diesem Streit zu vermitteln, darauf hin, daß der Sachverständige immer nur ein Hilfsorgan des Gerichts sei, daß es vom Gericht abhängt, welche Fragen an ihn gestellt würden, inwieweit man ihm glauben könnte und inwieweit man sein Gutachten für ergänzungsbedürftig halte. Aus diesem Grunde sei wohl die Frage der Ablehnung nicht von so großer Bedeutung.

Rechtanwalt Frankfurter beantragte dann in längeren Ausführungen die Hinzuziehung zweier weiterer Sachverständiger, und zwar des Kommerzrats Manasse und des Syndikus Weis-

## Großdachstuhlbrand am Hausvogteiplatz.

Der Schaden sehr beträchtlich.

Nachdem erst gestern nachmittag vier Löschzüge der Feuerwehr mit der Bekämpfung eines großen Dachstuhlbrandes in der Kochhannstraße mehrere Stunden lang bis in die Abendstunden hinein beschäftigt waren, wurde im Laufe der Nacht gegen 1/2 Uhr die Feuerwehr nach dem Grundstück Hausvogteiplatz 6/7 gerufen, wo im Dachgeschloß des umfangreichen Geschäftshauses Feuer ausgebrochen war.

Vorübergehende nahmen kurz vor 1/2 Uhr auf dem Dache des Hauses einen Feuerschein wahr. Die Feuerwehr wurde sofort alarmiert, die schnell mit vier Löschzügen unter Leitung der Bauvereinsführer und Pappe an der Brandstelle eintraf. Als der erste Zug erschien, loderten bereits meterhohe Flammen empor. Große Rauchmassen wurden auf die Straße niedergedrückt. Das ganze obere Stockwerk im Dachgeschloß, in dem die Geschäftsräume der Deutschen Tapfetteriefabrik Wittkowski u. Co. untergebracht sind, brannte lichterloh. Das Feuer fand an leicht brennbaren Gegenständen überaus reiche Nahrung. Der Sturm erschwerte die Löscharbeiten außerordentlich. Die Flammen sprangen auf den angrenzenden rechten Seitenflügel über, in dem Lagerräume sind. Große Stoffvorräte und Fertigfabrikate wurden vernichtet. Durch einen umfassenden Löschangriff über Treppenhäuser und zwei mechanische Leitern — es wurde aus fünf Schlauchleitungen Wasser gegeben — konnte das Feuer eingekreist und eine noch größere Ausdehnung verhindert werden. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis in die Morgenstunden hinein. Der Material- und Gebäudeschaden ist sehr beträchtlich. Die Entstehungsurache konnte nicht mehr festgestellt werden, da die Wehren schon bei ihrem Eintreffen einen ausgebreiteten Brandherd vorfanden. Die Festigkeit

der Handelskammer, weil beide Herren als Sachverständige für den ganzen Fragenkomplex notwendig seien.

Es trat dann eine kurze Pause ein, um der Verteidigung Gelegenheit zu geben, sich über die Frage der Ablehnung des Sachverständigen Selbmann zu beraten.

## Der Sachverständige überführt.

Nach der Pause gab Landgerichtsdirektor Neumann folgende Erklärung ab: Regierungsrat Dr. Selbmann hat mir inzwischen mitgeteilt, daß Direktor Müller von der Treuhandgesellschaft hier antworfend sei und ihn zu der Erklärung autorisiert habe, daß die in bezug auf Julius Barmat angeblich gemachte Äußerung nicht gefallen sei.

Rechtsanwalt Juliusberger hat darauf, Direktor Müller über die umstrittene Äußerung des Regierungsrates Selbmann sofort zu vernehmen. Das Gericht beschloß dementsprechend und ließ Direktor Müller aus dem Zuhörerraum vortreten. Der Zeuge, der Liquidator der Liquidations- und Treuhandgesellschaft ist, erklärte, er bedauere, daß durch die Verteidigung diese ganz private Äußerung des Regierungsrates Selbmann in die Debatte geworfen sei. Tatsächlich habe Selbmann an ihn die Frage gerichtet: „Glauben Sie noch immer, daß Julius Barmat ein Engel ist?“ und er habe darauf geantwortet: „Ein Engel gerade nicht. Ich habe im übrigen erst während der Pause Herrn Selbmann er-sucht, seine vorhin abgegebene Erklärung, daß dieses Gespräch zwischen uns nicht stattgefunden habe, beim Herrn Vorsitzenden richtigzustellen. Ich bedauere, daß das nicht geschehen ist.“ Regierungsrat Selbmann: Diese umstrittene Unterhaltung begann damit, daß Herr Müller mich fragte, ob Barmat Zuchthaus oder Gefängnis bekommen werde. Im übrigen bestreite ich immer noch, daß diese Äußerung meinerseits gefallen sein kann. Direktor Müller (erregt): Diese Angelegenheit geht mich jetzt aber doch erheblich mehr an, als bisher. Zu Zeugen dafür, daß meine Befragungen richtig sind, benenne ich Herrn Banddirektor Scheffer, der das Gespräch mit angehört hat. Der Vorsitzende unterbrach die Ausführungen mit der Erklärung, daß er weiter keinen Zeugen benötige, das Gericht werde am Mittwoch beraten und am Donnerstag verkünden, ob Regierungsrat Selbmann als Sachverständiger fungieren soll oder nicht. Rechtsanwalt Juliusberger: Nachdem Herr Regierungsrat

Selbmann hier die Wahrheit zu leugnen versucht,

halte ich ihn nicht für würdig, das Amt eines Sachverständigen zu bekleiden. Vorst.: Ich muß jetzt bitten, alle persönlichen Angriffe fortzulassen. Rechtsanwalt Juliusberger: Wie man die Dinge hier auch auffassen mag, feststeht, daß Regierungsrat Selbmann objektiv die Wahrheit nicht gesagt hat.

## Die Laufbahn Julius Barmats.

Nachdem der Streit um den Sachverständigen vorläufig abgeschlossen war, wurde in den Mittagsstunden endlich in die eigentliche Verhandlung, und zwar in die

### Bernehmung des Angeklagten Julius Barmat

eingetreten, der zunächst auf Wunsch des Vorsitzenden ausführlich seinen Lebenslauf schilderte. Als zweiter Sohn einer in der Petrikau in der Ukraine lebenden Rabbinerfamilie geboren — der älteste Sohn war Salomon Barmat —, hatte er zunächst die Handelshochschule in Lodz besucht, wo er ein so guter Schüler war, daß ihm im zweiten Schuljahr das Schulgeld erlassen wurde. Die Absolvierung eines Polytechnikums in Riew mußte er nach kurzer Zeit wieder aufgeben, weil ihm die Mittel dazu fehlten, vor allen Dingen deshalb, weil seine Eltern ihm eine andere Erziehung angedeihen lassen wollten. Er war nämlich ursprünglich zum Rabbiner bestimmt. Im Alter von 16 Jahren gab er dann Stunden, und zwar bereitete er Lehrlinge für die Handelshochschule vor. 1907 ging Julius Barmat nach Holland, wo er zunächst als Korrespondent in dem Bankgeschäft Winterlind in Rotterdam, gleichzeitig aber auch als Lehrer und als gerichtliche beeidigter Dolmetscher für die russische und polnische Sprache tätig war. 1909 wurde er neben dieser Lehrtätigkeit und Dolmetschertätigkeit Direktor der Auslandsabteilung der Grundstücksankaufsgesellschaft „Beider Belang“. Sein damaliges monatliches Gesamteinkommen bezifferte er auf 1500 bis 1600 Gulden. Daneben hatte er noch eine eigene Sportgesellschaft, die offene Handelsgesellschaft Julius Barmat, für den Handel mit Rußland gegründet, die eigene Vertretungen in Warschau und Odessa besaß. Sein Vermögen betrug damals 15 000 bis 20 000 Gulden, sein Geschäft ging angeblich sehr gut, da er Vertretungen für zahlreiche Firmen hatte, die, wie der Angeklagte heute erklärte, noch jetzt sehr erstant über das ganze Vorgehen gegen ihn, Julius Barmat, seien. Sein Umsatz habe schließlich 1 Million Gulden betragen, so daß sich seine Ersparnisse allmählich auf 100 000 Gulden beläufen. 1911 dehnte er das Geschäft weiter aus und gründete mit zwei Teilhabern die „Niederländisch-russische Handelsgesellschaft“. 1913 erwarb er ein Grundstück für 32 000 Gulden und übernahm bald darauf die Aktiengesellschaft „La Koolita“ mit weiteren Grundstücken.

Bei Kriegsausbruch, der das Rußlandgeschäft sofort unterband, soll sich das Vermögen Julius Barmats auf rund 1 Million Gulden

beiffert haben, und zwar zum größten Teil Bargeld, zum kleineren Teil in Effekten, da sein Geschäft mehr Bargeld als Betriebskapital benötigte.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

des Feuers läßt aber darauf schließen, daß es schon längere Zeit geschwelt haben muß.

## Verhaftung eines Brandstifters.

Große Unruhe verursachten in dem Hause Kneisebedstraße 20 zu Neukölln seit längerer Zeit wiederholte Verluste, den Dachstuhl in Brand zu stecken. Ende v. J. wurde viermal in Bodenverfälschen Feuer gelegt. Durch Zufall wurde aber jedesmal ein größeres Umschgreifen des Brandes verhütet. Hausbewohner kamen stets noch so zeitig dazu, daß sie die Brandherde ersticken konnten. Jedesmal waren Lumpen und Sägespäne mit Petroleum übergossen und angezündet worden. Der Verdacht fiel schon bei den ersten Verlusten auf einen 26 Jahre alten Fritz L., der in dem Hause wohnt. Er leugnete aber stets, und man konnte ihm bisher auch nichts nachweisen. Vorgestern wiederholte sich der Verlust, abermals auf einer Bodentammer. Jetzt hatte der Brandstifter auch mit Petroleum getränkte Lappen benutzt. Das Feuer wurde wieder im Entstehen erstickt, bevor Unheil angerichtet war. Die Neuköllner Kriminalpolizei brachte nun gegen L. so viel Beweismaterial zusammen, daß er unter dessen Last ein Geständnis ablegte. Ueber seinen Beweggrund läßt sich der Verhaftete nicht aus. Allen Anschein nach hat ihn die Lektüre von Schundschriften auf den Gedanken gebracht, durch Brandstiftung Aufsehen zu erregen und dabei selbst eine Rolle zu spielen.

## Deckeneinsturz in der Budapester Straße.

In einem Automobilgeschäft in der Budapester Str. 9 stürzte gestern nachmittag gegen 6 Uhr ein Teil des Deckenstuckes hinab, ohne glücklicherweise jemand zu verletzen. Einige in dem Raum stehende Automobile wurden erheblich beschädigt. Die Feuerwehr nahm eine eingehende Untersuchung vor, doch besteht keine weitere Einsturzgefahr. Regeneinflüsse haben den Einsturz vermutlich verursacht.

## Das Arbeitsgerichtsgesetz.

Ueber das vom Reichstag kürzlich verabschiedete Arbeitsgerichtsgesetz referierte Regierungsrat Genosse Joachim gestern abend im Kreise der Funktionäre des A.F.V.-Bundes. In seinem zweistündigen Referat behandelte Genosse Joachim vor allem die Grundfragen des neuen Gesetzes. Er führte aus: Schon seit einer Reihe von Jahren haben wir in Deutschland Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Dort können Arbeiter und Angestellte alle Streitfragen aus ihrem Beruf entscheiden lassen. Große Teile der Arbeiterschaft waren von der Anrufung dieser Gerichte ausgeschlossen. Alle Handwerker, Arbeitnehmer des Staates und Behördenangestellte und alle Angestellte, die in nicht kaufmännischen Betrieben beschäftigt waren, konnten zu ihren Streitigkeiten aus dem Beruf diese Gerichte nicht anrufen. Schon um diese Arbeitnehmergruppen mit einzubeziehen in die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte war ein neues Gesetz notwendig. Das neue Gesetz hat mit als wesentliche Veränderung die Anerkennung der Gewerkschaften als rechtsfähig gebracht. Bisher war es so, daß, wenn die Arbeitgeber einen verbindlich erklärten Tarif nicht oder nur teilweise anerkannten, der Verband gegen die Vertragsverletzung nicht klagen konnte, sondern nur der Arbeiter und Angestellte im Betriebe. Gewiß wurden solche Klagen meist von den Arbeitnehmern gewonnen, sie endeten aber doch meist mit der Kündigung des Arbeiters, der die „Rechtlosigkeit“ befehlen hatte, seine Firma zu verlassen.

Nach dem neuen Gesetz klagt nicht mehr der einzelne, sondern der Verband. Vor die Arbeitsgerichte können alle Streitigkeiten gebracht werden, die aus dem Betriebsratsgesetz zu entscheiden sind. So die Feststellung, ob diese oder jene Ausgabe zu Recht erfolgt ist. Auch die Entlassung von Betriebsräten wird vom Arbeitsgericht entschieden. Als das Betriebsratsgesetz geschaffen wurde, hatte man vergessen auch die Stellen zu schaffen, die über Streitigkeiten aus dem Gesetz zu entscheiden haben. Heute werden alle diese Streitigkeiten den Arbeitsgerichten überwiesen. Auch Streitigkeiten der Arbeiter untereinander, die dort eintreten können, wo im Gruppenaktord gearbeitet wird und die Abwendung unerlaubter Handlungen sind den Arbeitsgerichten zugeteilt. Im letzteren Falle aber nur, wenn es sich nicht um die Bestrafung wegen unerlaubter Handlungen, sondern um Schadenersatzleistung handelt.

Das Gesetz hat vor anderen Gesetzen einen nicht zu verkennenden Vorteil: es ist kurz, übersichtlich und kann vom einzelnen Arbeiter verstanden werden. Und darauf kommt es sehr an. Der Arbeiter, der tagtäglich im Lebenskampf eine Rechte wissen muß, kann nur dann Vorteile von einem Gesetz haben, wenn er es selbst versteht.

Eine weitere Neuerung bestimmt, daß der Arbeiter auch den Rechtsnachfolger seines Arbeitgebers vor dem Arbeitsgericht verklagen kann.

Es ist schon häufig Arbeitern und Angestellten, die, als ihre Firma liquidiert und sie noch Auftragsarbeiten leisteten, der Lohn verrentet worden. Versuchten sie durch eine schnelle Klage beim Kaufmannsgericht zu ihrem Gelde zu kommen, mußten sie oft erfahren, daß sie wohl ihren Arbeitgeber, aber nicht den Liquidator vor das Kaufmannsgericht zitieren konnten. Auch dann, wenn eine Bank oder eine andere Firma die Bürgschaft übernommen hat, ist nach dem Gesetz möglich, diese beim Arbeitsgericht zur Leistung von Lohn und Gehalt zu verklagen. Es muß dann der frühere Arbeitgeber und die Bürgschaftsfirma verklagt werden. Es kann dann geklagt werden, wenn ein Zusammenhang besteht. Ausgenommen von den Arbeitsgerichten sind die Streitigkeiten von Schiffsbesatzungen und über Erfindungen von Arbeitnehmern. Handelt es sich jedoch um Streit über Vergütungen aus Erfindungen, so ist auch das Arbeitsgericht zuständig.

Die Arbeitsgerichte sind so gegliedert, daß sämtliche Prozesse erst vor dem Arbeitsgericht verhandelt werden. Hier wird auch das Broschüre-Prozesse erledigt. Prozesse, die eine Summe von über 300 M. zum Gegenstand der Klage haben, kommen vor die Landesarbeitsgerichte. Dort erfolgt auch die rechtliche Nachprüfung von Urteilen aus den Arbeitsgerichten. Die dritte Instanz, das Reichsarbeitsgericht, entscheidet über Prozesse, die eine Bedeutung für die gesamte Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberchaft haben.

Die Beisitzer zu den Arbeitsgerichten werden von Arbeitnehmerseite durch die Gewerkschaften gestellt. In der ersten und zweiten Instanz braucht der Unparteiische (Vorsitzende) nicht Richter zu sein. Die Richter der dritten Instanz werden auf neun Jahre ernannt. Nach drei Jahren können sie auf Lebenszeit ernannt werden. Die Ernennung wird gemeinsam vom Justiz- und Sozialminister vollzogen.

Der Arbeiter braucht im täglichen Kampf für seinen Lohn ein Gericht, das ihm schnelle Hilfe bringt bei Streitigkeiten. Der Kaufmann, der prozessiert, arbeitet in der Zwischenzeit bis der Entscheid fällt weiter und verdient sich seinen Lebensunterhalt unabhängig vom Ausgang des Prozesses. Für ihn kommt es auf einen Tag mehr oder weniger nicht so sehr an. Das zwingende Bedürfnis des Arbeiters auf rasche Entscheidung ist in dem Arbeitszeitgesetz berücksichtigt.

Das Arbeitsgerichtsgesetz, so schloß Genosse Joachim seine Ausführungen, ist in keiner jegigen Hinsicht die letzte Lösung. Unter den augenblicklichen Verhältnissen im Reichstag hätte ein anderes Gesetz keine Mehrheit gefunden. Reicher Beifall aus der Versammlung dankte dem Redner für seine Ausführungen.

## Ruhegehalt für Elektrizitätsarbeiter.

Am 11. Januar sind die Verhandlungen mit der Direktion der Berliner städtischen Elektrizitätswerke A.G. über die Einführung von Ruhegehalt für die in diesen Werken beschäftigten Arbeiter zu Ende geführt worden. Die Direktion machte die Gewährung des Ruhegebhalts von einer anderen Regelung der Pausenstunden abhängig. Nachdem über die bisher gewährten Pausenstunden, an deren Stelle jetzt eine Auslösung gezahlt wird, eine Einigung erzielt wurde, stimmte die Direktion der Gewährung eines Ruhegebhalts analog der Ruhegebhaltsbestimmung des Berliner Magistrats zu. Damit ist ein langjähriger Wunsch der Elektrizitätsarbeiter erfüllt worden. Die Ruhegebhalts- sowie die Ausführungsbestimmungen sind im Bureau des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, Berlin SO. 16, Engel- ufer 24-25, Ausgang C, 2. Etage, Zimmer 98, erhältlich.

## Artistenelend und Doppelverdienerei.

Die Not der arbeitslosen Schauspieler und Artisten wäre nicht so groß, wenn nicht am Theater, am Kabarett und verschiedenen anderen Stätten künstlerischer Darbietungen das üble Starsystem existierte, mit dem das berüchtigte „Pendeln“ verbunden ist. Bekanntlich treten Künstler vielfach an einem Abend in zwei, drei und noch mehr Unternehmungen auf und es sind zumeist gerade die gutbezahlten Schauspieler, die nach den Vorstellungen zu später Stunde noch im Kabarett auftreten und damit den arbeitslosen Kollegen das Brot wegnehmen. Das späte Auftreten hat einen besonderen Anreiz, denn je später die Darbietung, desto besser ist die Bezahlung.

Mit gutem Zureden läßt sich der Doppelverdienerei und dem Mangel an Kollegialität nicht zu Leibe gehen. Das ist nur mit Hilfe verschärfter tariflicher oder arbeitsrechtlicher Bestimmungen möglich. Der für allgemeinverbindlich erklärte Tarifvertrag des Artistengewerbes sieht zwar ein Verbot des „Pendelns“ vor, das heißt, es ist den Artisten verboten, mehrere Engagements gleichzeitig anzunehmen und andererseits dürfen die Direktoren keinen Artisten beschäftigen, der noch ein zweites Engagement hat. Allein es herrscht ein bedenklicher Mangel in der Auslegung der mit Rücksicht auf das Elend der erwerbslosen Artisten besonders wichtig gewordenen Pendelstange. Es fehlt die rechtliche Grundlage, auf der man dem Uebelstand des „Pendelns“ energisch begegnen kann. Notwendig sind scharfe und klare Auslegungsbestimmungen oder gesetzliche Festlegung von Strafbestimmungen gegen das „Pendeln“ durch das Schiedsgericht.

Nur durch ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die mit dem Pendeln verbundenen Doppelverdienerei kann neben anderen Hilfsmitteln zur Verringerung des Elends unter den arbeitslosen Artisten wirksam beigetragen.

## Betriebsratsfeindliche Landwirte.

Wie groß die Abneigung und der Haß der landwirtschaftlichen Unternehmer gegen die Betriebsräte ist, beweist in recht drastischer Weise eine Mitteilung, die dem Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeitersverbandes aus Schleswig-Holstein zugegangen ist. Danach verfuhr der Dipl. Landwirt D. in R. Kreis Stormarn, in jeder Weise die Betriebsvertretung zu beeinträchtigen. Er hat bereits 18.000 M. an Abfindung für die aus dem Betriebe herausgedrängten Betriebsratsmitglieder und Gewerkschaftsfunktionäre gezahlt. Auch ein Zeichen für die „Kollage“ der Landwirte. Wo er auf diesem Wege nicht zum Ziel kam, ist der Betrieb, der dem Vater gehört, durch einen Pachtvertrag getrennt worden. Auf dem Gute arbeiten 28 Mann. Durch die Trennung des Gutes ist das Verhältnis jetzt so, daß ein Teil der Leute bei dem Vater beschäftigt ist und der andere Teil auf den Betrieb des Sohnes einfließt. Die Leute sind so verteilt, daß weder bei dem Vater noch bei dem Sohne 20 Beschäftigte sind, so daß die Bestellung eines Betriebsrats fortfällt wie auch der Kündigungsschutz. Der Sohn ist gleichzeitig Inspektor bei seinem Vater, so daß er in der Tat nach wie vor über sämtliche Leute bestimmt. Für seinen Betriebsrat wäre ein Betriebsobmann in Frage gekommen. Der in Aussicht genommene Arbeiter bekam aber Geld in die Hand gedrückt und gab das Arbeitsverhältnis auf.

Aus diesem Beispiel geht hervor, was der Gesetzgeber und die Behörden noch nachzuholen haben, um die Betriebsräte vor dem Räufelspiel der Unternehmer zu schützen und die in dem Betriebsratsgesetz verankerte Idee voll zur Geltung zu bringen. Ohne eine gewisse Rücksichtslosigkeit wird kaum etwas zu erreichen sein.

## Die englisch-russischen Beziehungen.

### Neue Verleumdungen der englischen Führer.

Der alte Vorschlag der britischen Gewerkschaften, eine Zusammenarbeit zwischen dem I.B.B. und dem All-russischen Gewerkschaftsrat stattfinden zu lassen, die an keinerlei Vorbedingungen geknüpft ist, wird am kommenden Mittwoch vom I.B.B. nochmals beraten werden. Bekanntlich hat der I.B.B. den Vorschlag der britischen Gewerkschaften bereits einmal verworfen. Der Generalrat der britischen Gewerkschaften hat jedoch eine neue Entscheidung in Amsterdam beantragt. Die Beziehungen zwischen London und Moskau haben sich in den letzten Monaten im Gefolge zahlreicher russischer Angriffe auf die Führer der britischen Gewerkschaften merklich abgekühlt; der Vorschlag des Generalrates auf eine neue Beratung ihres alten Vorschlages hat daher auch in London ein einiges Erstaunen hervorgerufen.

Wie sehr sich die Einstellung der Führung der britischen Gewerkschaften gegenüber Rußland in den letzten Monaten verändert hat, geht vielleicht nirgends deutlicher hervor als aus einem Interview, welches der Generalsekretär der britischen Gewerkschaften Walter Citrine einem Vertreter des „Daily Herald“ gegenüber gemährt hat, und das zeigt, daß die Auffassungen der britischen Gewerkschaften sich mit Riesenschritten den Auffassungen ihrer kontinentalen Kollegen nähern.

Citrine verwies auf ein unlängst unter dem Titel „Britische und russische Arbeiter“ erschienenen Pamphlet, welches Lozowsky, den Generalsekretär der russischen Gewerkschaftsinternationale, zum Verfasser hat und stellte fest, daß dieses Pamphlet kaum anders hätte abgefaßt werden können, wenn es eine „Fortsetzung der Beziehungen zwischen der englischen und russischen Gewerkschaftsbewegung“ völlig unmöglich hätte machen wollen.

„Wir waren“, fuhr Citrine fort, „bisher dahin unterrichtet worden, daß Lozowsky keinerlei Recht hätte, für den All-russischen Gewerkschaftsbund zu sprechen, und wir haben bisher seine Meinungsäußerungen nicht für wichtig genug gehalten, um sie öffentlich zu diskutieren. Aber ich glaube persönlich, daß mit diesem neuen Pamphlet die Grenze unserer Duldsamkeit erreicht ist. Die Mitglieder unseres Rates sind als Verräter bezeichnet. Ein Beiwort, das in den inneren Diskussionen der russischen Bewegung ausgiebig Verwendung findet. Unser Vizepräsident Bugh, ein Mann von unanfechtbarer Integrität, wird als ein Lügner charakterisiert, und Purcell, Hicks, Tillet und andere werden als „aalglatz“ und „Männer mit einem engen Gesichtskreis“ bezeichnet.“

Der Inhalt dieses Pamphlets sei eine einzige Verächtlichmachung der Führer der britischen Gewerkschaften. Citrine erklärte, der Generalrat der Gewerkschaften müsse sich nunmehr Klarheit darüber verschaffen, ob Lozowsky die Auffassungen der russischen Gewerkschaftsbewegung ausbreite. „Ist dies nicht der Fall, so muß uns das gefagt werden. Wenn ja, so ist es schwer zu sehen, wie eine Zusammenarbeit in einem Komitee fortgeführt soll, von dem die eine Hälfte von der anderen als „Verräter“, „Drabstieher“ usw. betrachtet wird.“

„Wir übersehen nicht“, betont der Generalsekretär der britischen Gewerkschaften weiter, „daß ein Zerfall des anglo-russischen Gewerkschaftskomitees der Reaktion in England, welche jede Gelegenheit benutzen möchte, um die Beziehungen zu Rußland abzubrechen und eine antirussische Allianz zu formen, einen neuen Impuls verleihen könnte. Wir verlangen nicht mehr, als daß die in unserer eigenen Bewegung und in der internationalen Gewerkschaftsbewegung traditionellen beobachteten Grundsätze eingehalten werden, nämlich die Enthaltung von jeglichem Angriff und jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen. Das Pamphlet hat endgültig eine andere Stellung eingenommen. Lozowsky betont nachdrücklich, daß die Gewerkschaftsbewegung Sowjetrußlands einem solchen Prinzip der Richtmischung niemals ihre Zustimmung geben wird, so laut auch der britische Generalrat danach heulen möge. Wird dieser Standpunkt von den Russen offiziell eingenommen, so wäre zweifellos eine ernste Krise eingetreten.“

Citrine spricht zum Schluß seine Meinung dahin aus, daß Lozowsky das Schicksal Trozkis und Sinowjews zu teilen haben werde, sobald die russische Bewegung sich über die Konsequenzen der Behauptungen Lozowskys Rechenschaft abgelegt hat.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

## Aus der Partei.

### Eine Feier der Alten.

In Bremen fand in den Zentralhallen die Jubilarfeier und Fahnenweihe des Bremer Ortsvereins der Sozialdemokratischen Partei statt. Nicht weniger als 430 Parteigenossen, darunter etwa 20 Frauen, haben der Bremer Parteiorganisation ein Vierteljahrhundert und länger angehört. Unter den Jubilaren waren vier Genossen mit über 50 Jahren Parteimitgliedschaft, 2 mit 49 Jahren, 6 mit 45 Jahren, 4 mit über 40 Jahren, 75 mit 35 Jahren, 92 mit über 30 Jahren und 183 mit mindestens 25 Jahren Parteimitgliedschaft. Vom Hauptortstand der Partei war Genosse Wilhelm Dittmann erschienen. Ferner war der Bezirksvorstand vertreten und die Unterbezirke der näheren und weiteren Umgebung Bremens. In seiner Festrede zeichnete Genosse Dittmann ein fesselndes Bild von der ruhmreichen und wechselvollen Geschichte der Parteiorganisation und wies zum Schluß die neue Fahne des Bremer Parteivereins, nachdem die noch aus der Zeit vor dem Sozialistengesetz stammende alte Fahne in den Parteilagern an die Kommunisten gefallen und von diesen nach Moskau gebracht worden war.

Genosse Deuterig begrüßte die Jubilare im Namen des Bezirksvorstandes Hamburg-Nordwest. Draufgestimmt, ein Sprechchor der Bremischen Arbeiterjugendbündler sowie Chorgefänge füllten den übrigen Teil des Abends aus, der mit einer Tanzfestlichkeit schloß.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geiler; Wirtschaft: G. Klingenhilf; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Kahle; Revolution: Dr. John Schifano; Kultur und Sonstiges: Frig. Kersch; Anglisten: Th. Gled; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Brosch u. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch und Verlagsanstalt „Bau“ Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.



60 cm  
geblüht  
39,50  
Mark

Gemäß Vertrag mit dem B.E.W. und den städtischen Gaswerken liefere ich Ihnen diese Lampe für den billigen Preis von

**M. 39,50**

zahlbar in 10 Monatsraten von Mark 3,95

Kocher und Platten in großer Auswahl

S. Falkenstein  
Schloßstr. Allee 85



# Größte Produktion der Welt!

**FAHRER**



**EUROPA**

Die milde hocharomat. Feinschnitt

**EUROPA**

rol . . . 30 Pl. | 50 Signol . 50 Pl.  
40 Signol . 40 Pl. | gold Signol 60 Pl.

HAUCHTABAKFABRIK  
**Ebner & Kramer**  
Wiesloch B.

**Husten, Heiserkeit, Verschleimung** Auswurf, Nachtschweiß, Stiche im Rücken und Brustschmerz hören auf; Schleim ging morgens mühelos ab; Atmung ist bedeutend freier; allgemeines Wohlbefinden stellte sich ein usw. — So und ähnlich schallt es freudig aus Mitteilungen Erkrankter über die vorzügliche Wirkung der.

## Rotolin-Pillen

Apotheken berichten, daß sie nur anerkennende Urteile hören, Aerzte empfehlen ROTOLIN in medizinischen Zeitschriften ihren Herren Kollegen zur Anwendung!

ROTOLIN-PILLEN sind erhältlich in allen Apotheken oder direkt von uns durch unsere Versand-Apotheke, die JOHANNITER-Apotheke, SW 61, Plan-Ufer 11, zu 250 Rm. p. Sch., bei 3 Sch. auf einmal zu 250 Rm. p. Sch., gegen Voreinsendung des Betrages oder geg. Nachnahme zuzügl. Kosten. Ohne feste Bestellung erfolgt kein Versand.

Ausführliche Drucksachen kostenlos durch Nytilus & Co., Berlin SW 61, Generalvertretung der Chem. Fabrik PLOETZ & Co. für Berlin und Provinz Brandenburg, Fernsprecher Hasenheide 8312.

Nur der Stempel

**Original Eema**

bürgt für die Echtheit unserer verbesserten, klassischen u. geräuschlos.

**Patent-Ketten-Matratze**



Patentamtlich geschützt Nr. 576 999. Für schwache Belastung. Überall erhältlich. 20 Jahre Garantie

Berliner Feder-Matratzen Fabrik  
Berlin O 22, Krautstraße 4-5

**Metallbetten**

Stahlmatratzen, Kinderbetten glüh in Priv. Kat. 650 Nr., Eisenmöbelabrik Suhl Thür.